

# Der Deutsche Metallarbeiter

## Organ für die Interessen der Metall-, Hütten- und chemischen Industrie-Arbeiter und Arbeiterinnen

Geschlechtslos Samstag. Abonnementspreis durch die Post bezogen vierteljährlich 1.50 Mk. Einzelhefte 6 Pf. Colophonzeitung für Arbeitslose 75 Pf., Geschäfts- und Privatanzügen 1 Mk.

Eigentum des christlichen Metallarbeiter-Verbandes Deutschlands

Schleifleitung und Geschäftsstelle: Duisburg, Seitenstraße 17. Schluß der Redaktion Montag Abend 6 Uhr. Zuschriften, Anzeigen und Abonnementsbestellungen sind an die Geschäftsstelle zu richten

**Zum Jahreswechsel!**

Allen Kollegen und Kolleginnen, sowie Freunden und Förderern unseres Verbandes

die herzlichsten

**Glück- und Segenswünsche**

zum neuen Jahre!

**Verbandsleitung und Redaktion.**

sequenz zieht, läuft Gefahr, in der gehässigsten Weise angegriffen zu werden. Das hält unsere Genossen vielfach ab, ihre durch reifliches Nachdenken gewonnene Überzeugung von der Unfruchtbarkeit der jetzigen Situation auszusprechen.

Das sind in der Tat „Helden“, diese „freien“ Gewerkschaftsführer, die „ihre durch reifliches Nachdenken gewonnene Überzeugung“ von der Unfruchtbarkeit der sozialdemokratischen Bewegung im Innersten ihres Busens verschließen, um es nur ja mit den Gewaltigen der „Partei der Unfruchtbarkeit“ nicht zu verderben. Wirklich „Helden“, diese Leute, die um der schönen Augen der radikalen Parteigewaltigen willen, den Massen in schwalligen Phrasen das Blaue vom Himmel herunter versprechen und ihnen eine Macht vorfunkeln, der ihre „organisatorische Kraft“ auch nicht einmal im entferntesten nahe kommt. Es ist nur zu natürlich, wenn einer so mitleideten Arbeitermasse jedes Augenmaß für reale gewerkschaftliche Möglichkeiten abhanden kommt. Daher auch die die ganze Arbeiterbewegung schädigende Disziplinlosigkeit in den sozialdemokratischen Gewerkschaften, die in den letzten Jahren immer häufiger beim Abschluß größerer Lohnbewegungen zu verzeichnen war.

„Die gewerkschaftlich organisierte Arbeiterschaft hat eine Lösung: „Für die sozialdemokratische Partei!“

Man braucht solche Kontraste nur auf sich wirken lassen, um die ganze Kläglichkeit und Unfähigkeit einer solchen „großartigen Bewegung“ zu erkennen. — Nun erst das Blatt des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes, der sich durch seine Agitatoren als die „größte Arbeiterorganisation der Welt“ anpreisen läßt — den aber auffälligerweise sich überall da als unfähig und ohnmächtig erweist, wo er die Stamm- und Perntruppen seiner Mitgliedschaft hat. Dieses Blatt läßt sich in seiner Nr. 50 aus Berlin einen zwei Spalten langen Artikel über den Abschluß der Formierbewegung schreiben. Und wie? Die Niederlage wird zum Siege. „Die Entscheidung ist schließlich vollständig zu unseren Gunsten erfolgt“ kündigt das Blatt seinen Lesern vor und schlägt damit der offenkundigen Wahrheit geradezu ins Gesicht. Wohl gesteht es zum Schluß geschämmt, daß die Streikversammlung „einen etwas stümperhaften Verlauf“ nahm — aber die Schuld daran trägt nach der Metallarbeiterzeitung lediglich die bösen Anarchisten. Statt aber diese der „Gewissenlosigkeit“ zu zeihen, klopfte sie besser an die eigene Brust. Sie selbst hat doch diesen Leuten den Weg in die Mitgliederkreise ihres Verbandes und gar in die ältesten Stammtruppen geebnet. Statt gewerkschaftliche Erziehungsarbeit zu leisten, füllte sie ihre Spalten mit Agitationsartikeln für die „Partei der Unfruchtbarkeit“. Sie weckte durch ihr Verhalten bei den Massen geradezu einen krankhaften Heißhunger nach der Verwirklichung der unmöglichsten sozialistischen Illusionen. Und in der Praxis? — Die Illusionen verfolgten beim Abschluß der Berliner Bewegung vor der rauhen Wirklichkeit. „Steine statt Brot“ hielt die Masse in ihren Händen. Die Masse sah, daß der schöne Traum von der Macht des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes eine große, häßliche Lüge war, daß diese Organisation den Fluch der Ohnmacht in sich trägt, daß diese Organisation der großen Worte sich von den Unternehmern sagen lassen muß, daß eine Aussperrung von noch nicht acht Tagen genügt, sie am Sitze ihrer Macht den Unternehmern „gefällig“ zu machen.

Gerade in solchen Situationen zeigen sich die Folgen der Inkonsequenz, die darin liegt, die Gewerkschaftsbewegung mit der großen Lüge der sozialistischen Sozialdemokratie zu belasten. Vorbedingung fruchtbarer Gewerkschaftsarbeit ist es, mit den jeweils vorliegenden realen Tatsachen zu rechnen und sich mit dem den Verhältnissen nach Möglichen zu bescheiden. Die ganze gewerkschaftliche Arbeiterbewegung wurzelt im Boden der heutigen Wirtschaftsordnung und ihre Zwecksetzung ist, die Lage des Arbeiterstandes auf dem Boden dieser Ordnung zu heben. — Das gerade Gegenteil will die sozialistische Sozialdemokratie. Sie will der in ihrem „Programm“ prophezeiten sozialistischen Gesellschaftsordnung die Wege bereiten. Ihre Aufgabe ist es deshalb, die „Wunden am Gesellschaftskörper offen zu halten“; schematisch sucht sie eine etwaige Ausöhnung der Massen mit der heutigen Ordnung zu verhindern. Und die „freien“ Gewerkschaftsführer? — Rat- und hilflos stehen sie diesem Regenlabath gegenüber. Sie dürfen es ja nicht wagen, konsequent zu sein. Wohl jammern sie hinter verschlossenen Türen, „wir befinden uns in einem fortgesetzten inneren Konflikt mit uns selbst“, aber sie sind zu feige, den gordischen Knoten durchzuschneiden, der die unfreie Gewerkschaftsbewegung an die sozialdemokratische Lüge fesselt, um nur nicht von den Radikalisten — „in der gehässigsten Weise angegriffen zu werden“.

Aber nicht nur dem Unternehmertum steht der sozialdemokratische Metallarbeiterverband „gefällig“ und ohnmächtig gegenüber; er steht auch den zerstückenden Kräften aus den eigenen Reihen ebenso hilflos gegenüber. Anarchisten und Lokalfisten arbeiten in Berlin und anderswärts an seiner Zertrümmerung. Statt nun aber das an gewerkschaftlicher Erziehungsarbeit veräummte nachzuholen, greift die „freie“ Metallarbeiterzeitung zur Perdekur und opfert in Nr. 51 eine ganze Seite dem — Wahlauftrag der sozialdemokratischen Partei! Nunwohl, „wer sich treten läßt, ist schließlich auch wert, getreten zu werden!“

Daß die „freie“ Gewerkschaftsbewegung durch dieses Sichwegwerfen an die „Partei der Unfruchtbarkeit“ zur Ohnmacht verdammt ist, liegt klar auf der Hand. Dem aufmerksamen Beobachter der Vorgänge in jenem Lager klingt denn auch das bekannte badische Ministerwort von der „großartigen Bewegung“ wie blutiger Hohn. So etwas muß auch einmal in einem hellen Augenblick selbst der mit der Sozialdemokratie ganz und gar verjüngten „freien“ Schmiebezeitung aufgedämmert sein, als sie in ihrer Nummer 37/1910 der regierenden großherzoglich-badischen Sozialdemokratie die heftigsten Anklagen ins Gesicht schleuderte, weil sie eine Petition badischer Staatsarbeiter einfach lang- und klinglos in den Papierkorb wandern ließ, ohne auch nur von den Wünschen der Arbeiter Kenntnis zu nehmen. In ihrer christlichen Entrüstung schrieb die Schmiebezeitung damals:

Wie lange aber will die deutsche Metallarbeiterschaft diesem Treiben noch tatenlos zusehen? An unseren Kollegen ist es, unermüdet die noch abseits unserer christlichen Gewerkschaftsbewegung stehenden Arbeiter über den schändlichen Verrat aufzuklären, der von der Sozialdemokratie und ihren Gewerkschaften mit den Arbeiterinteressen getrieben wird. Die sozialdemokratische Bewegung hat sich als unfähig erwiesen, positive Arbeit für den Arbeiterstand zu leisten — und das ist nur zu natürlich, da ja in dieser Bewegung nach Hue ein Widerspruch klafft zwischen Schein und Wirklichkeit, weil man nach Aussage desselben Genossen es in dieser Bewegung nicht wagen darf, nach der „durch reifliches Nachdenken gewonnenen Überzeugung“ zu handeln. Demnach bleibt dem denkenden Teile der deutschen Arbeiter nur eins: Anschluß an die christlich-nationale Gewerkschaftsbewegung. Unsere Kollegen in der Metallindustrie aber mögen durch eifrige und unermüdete Agitations- und Aufklärungsarbeit dafür sorgen, daß die deutsche Metallarbeiterschaft immer mehr zu der Erkenntnis kommt, daß sie ihre wirtschaftlichen Interessen nur mit Erfolg wahren und fördern kann im christlichen Metallarbeiterverband Deutschlands.

„Es gärt unter den Schmieden! Sie sehen, daß sie die Betrogenen sind. Die Männer, die sie in den Landtag gelandt, sie brachten nicht das, was man glaubte, das sie bringen sollten. Als die Petitionen der Eisenbahner zur Beratung kamen, legten die sozialdemokratischen Abgeordneten sich mit denen der bürgerlichen Parteien fest — die Petition im großen Korbe zu werfen. So wurde hinhin, hinst über die Petitionen hinweggelangt, um ja recht bald zum Schluß des Landtags zu kommen. Den Schluß kennen wir ja, ihn kennt ganz Deutschland, die ganze Welt ist von ihm unterrichtet. Daß der „würdevolle Schluß“ auch der Sache würdig ist, daß neben dem „vielen positiven Arbeiten“ noch viel mehr negatives, unfruchtbares, für die Arbeiter direkt schädliches dabei war, glauben wir nicht der Deffentlichkeit vorzuenthalten zu sollen.“

**Eingabe der Ortsverwaltung Essen des christlichen Metallarbeiterverbandes**

an das Direktorium der Firma Friedrich Krupp A. G. Essen-Muhr

**g. Arbeiterausschüsse.**

Eudlich gestatten wir uns, im Rahmen dieser Verfügungen bezw. Wünsche, auch die Einführung von Arbeiterausschüssen bei der Firma Krupp anzuregen. Wir gehen dabei aus von dem Gedanken, daß es sowohl im Interesse der Firma, wie der beschäftigten Arbeiter liegt, eine Instanz zu schaffen, durch die den Betriebsleitungen und der Werkverwaltung alle Wünsche, Meinungen, Mit-

So schloß die freie Schmiebezeitung damals in einer hellen Stunde einen fulminanten Anklageartikel gegen die sozialdemokratische Partei. Inzwischen aber kam der Abschluß des Werftarbeiterkampfes, es kam Panneboef und warf die Frage auf: „Sind die Massen eine Hammelherde oder nicht?“ — Der tapfere „Held“ in der Schmiebezeitung trock ins Maulloch und lernte schleunigst wieder um — und gründlich! — Heute verkündet er stolz (Nr. 50/1911):

### Weise sein!

„Weise sein, das heißt wissen, was du tun sollst.“  
Kuskin.

Der Neujahrstag hält sich in einen gewissen geheimnisvollen Zauber; vor der Zukunft breitet sich ein undurchdringlicher Schleier aus, den man so gern, wenn auch mit Fagen, heben möchte. Die Wünsche, die einem zugerufen werden, werden im Herzen eine Welt von Gefühlen: Fagen und Hoffen, Ahnungen von künftigen Leiden und Freuden. Doch wie unbestimmt und gemischt auch die Gefühle zu Anfange des Jahres sein mögen, — im Denken und Wollen soll Klarheit herrschen. Die gründliche Beantwortung der Frage: „Was verlangt das neue Jahr von mir? Welche Aufgaben stellt es mir als Arbeiter, als Angehörigen einer Familie, als Verbandsmitglied, als Staatsbürger, als Erdenpilger?“ — bringt Klarheit in den Geist und gibt dem Willen eine bestimmte Richtung.

Der Weise widmet dieser Orientierung seines Lebens im neuen Jahre ein Stundchen, und mit Recht. Wenn man im vergangenen Jahre vielleicht unbewußt zu einer „Arbeitsmaschine“ geworden ist, wenn man sich fast gar nicht mehr als Mensch gefühlt und die Menschenpflichten übersehen hat, dann muß man es am Neujahrstage wieder tief erfassen, daß es zum Menschen gehört, „im inneren Herzen zu spüren, was man mit der Hand erschafft“, daß jede Arbeit aus freiem Entschluß zur möglichsten Vollendung gebracht werden soll. Die Betrachtung im Neujahrstage muß zur Einsicht führen, daß die Familie mehr von einem verlangt, als die Herbeischaffung von Geld, daß die Pflichten dem Verbands gegenüber nicht damit abgetan sind, wenn der Name im Verzeichnis der Mitglieder steht, daß dem Vaterlande mit dem Zurufen bei patriotischen Festen nicht genügt ist, und daß Gott nicht ohne tiefe Gründe dem Menschen zum Leibe eine mit Vernunft ausgestattete Seele gegeben hat.

Das Ergebnis eines solch ruhigen Nachdenkens muß die Erkenntnis dessen sein, was man im neuen Jahre zu tun hat. Wenn sich dazu im Herzen noch der Wunsch regt, daß alle Handlungen von Liebe und Güte geleitet werden möchten, wenn es einem bei der Neujahrstrachtung warm geworden ist, und es einen drängt, die Vorsätze mit Freuden auszuführen, dann darf man mutig seine Schritte ins Jahr 1912 lenken. Wenn es uns Sorgen und Kummer nicht ersparen wird, so vermehrt es gewiß den Reichtum an echten, höhern Lebensgütern.

### Inkonsequenz und Ohnmacht.

Auf dem Berliner Geheimrat der „freien“ Gewerkschaftsführer im Februar 1906 legte Otto Hue nach dem vom „Vorwärts“ später veröffentlichten Protokoll in Bezug auf die sozialdemokratische Bewegung das trostlose Geständnis ab:

„Unsere organisatorische Kraft entspricht nicht unseren öffentlichen Meinerungen. Und weil wir das wissen, befinden wir uns in einem fortgesetzten inneren Konflikt mit uns selbst... es klafft ein Widerspruch zwischen Schein und Wirklichkeit.“

Dieses Geständnis der sozialdemokratischen Unfähigkeit aus dem Munde eines Eingeweihten und Wissenden war freilich nicht für die Öffentlichkeit bestimmt. Diese selben sozialdemokratischen „Führer“, die da unter sich den klaffenden Widerspruch zwischen Schein und Wirklichkeit ihrer Bewegung unverbüßt konstatierten, gaben sie aber nach wie vor vor der Öffentlichkeit und den Massen der Arbeiterschaft als das einzige Mittel zur Erlösung von aller Ungerechtigkeit und Anarchia aus. Das tun sie wider besseres Wissen — und warum? Auch das hat der Eingeweihte und Wissende Otto Hue im Anschlusse an das oben zitierte Geständnis verraten mit den Worten: „Wer aber aus der Wirklichkeit die Kon-



Annahme, Klagen und Forderungen der beschäftigten Arbeiter überbreitet werden. Ein solches Sprachrohr der Arbeiterschaft wird sich auf die Dauer auch für einen modernen Großbetrieb, wie ihn die Gußstahlfabrik der Firma Krupp A.-G. stellt, als notwendig und nützlich erweisen. Das Verhältnis in den alten patriarchalischen Beziehungen zwischen Dienstherr und Bediensteter ist heute schon in den Großbetrieben geschwunden und ist das Bestreben der Arbeiterschaft nach einer weitestgehenden Fortbildung des Arbeitsverhältnisses, wie zum großen Teil in Einführung von Arbeiterausschüssen Ausdruck findet, wohl zu verstehen. Da das in vielen Gewerkschaften ausgebildete Tarifwesen kaum ein Mittel der Industriearbeiter erfasst hat, so besteht für die große Masse der in industriellen Betrieben beschäftigten Arbeiter umso mehr das Bedürfnis nach einer kollektiven Interessenvertretung. So hat die Arbeiter in einem Arbeiterausschuss eine Vertretung, die die Beschwerden der Arbeiter vorbringt, Mißstände beseitigt, Mißbilligkeiten sogleich, auf Abstellung von Mißständen bringt und die Betriebs- und Betriebsleitung über die jeweilige tatsächliche Lage der Arbeiter informiert, können fast alle Differenzen der Beteiligten innerlich des Betriebes oder Werkes beseitigt werden, durch auch manche unliebsame öffentliche Erörterungen vermeiden werden.

Es könnte hier vielleicht eingewendet werden, daß den Arbeitern schon heute nach dem § 9 der Arbeitsordnung das Recht zusteht, Anliegen, Wünsche und Beschwerden zur Kenntnis der Betriebsleitung und Werkverwaltungen zu bringen. Allein gegenüber muß betont werden, daß dieses den Arbeitern in der Arbeitsordnung eingeräumte Recht doch nicht gleichbedeutend ist mit dem einem Arbeiterausschuss zu übertragenen Befugnissen. Auch haben die Arbeiter verschiedentlich beim Bestreben, die Erfahrung machen müssen, daß ihnen bezüglich gewünschter Wünsche ein Antwort in Aussicht gestellt wurde, die sie dann aber nicht erhielten. Sodann sieht sich ein von den Arbeitern gewähltes und mit gewissen Befugnissen ausgestattetes Ausschussmitglied beim Vorbringen von Wünschen und Beschwerden mehr vom Vertrauen der Arbeiter getragen, bei Ausübung seiner Tätigkeit sicherer und ist sich mehr bewußt, daß sein Wirken nicht erfolglos ist. Wir gestatten uns sodann, darauf hinzuweisen, daß schon in der Reichstagskommission zur Beratung der Gewerbeordnungsvorlage im März 1909 ein Beschluß gefaßt wurde, wonach für alle gewerblichen Betriebe Arbeiterausschüsse obligatorisch eingeführt werden sollten. Durch die damalige Verabredung des Reichstages ist dieser Beschluß hinfällig geworden und wird es wohl noch ein paar Jahre dauern, bevor überhaupt wieder an eine gesetzliche Regelung dieser Materie gedacht werden kann, sobald die gesetzliche Einführung der Arbeiterausschüsse zwar noch in die Ferne gerückt, aber bestimmt zu erwarten ist.

Für die Lebensfähigkeit und fruchtbarere Tätigkeit eines Arbeiterausschusses aber dürfte es vorteilhafter sein, wenn er ohne gesetzlichen Zwang eingeführt wurde, als ein von der Firma und den Arbeitern empfundenes Bedürfnis. Was die einem etwa einzuführenden Ausschuss zu überweisenden Funktionen angeht, erlauben wir uns, auf den diesbezüglichen Inhalt des von der oben erwähnten Reichstagskommission gefaßten Beschlusses zu verweisen, der in die Gewerbeordnung als § 134 g. a. eingefügt werden sollte. Damit ein Arbeiterausschuss auch vom Vertrauen der Arbeiter getragen wird, erscheint es notwendig, daß die Mitglieder desselben aus allgemeinen Wahlen hervorgehen, die dann nach dem Proportionalwahlsystem getätigt werden müssen.

Die Einführung eines Arbeiterausschusses würde zur Erhaltung und Stärkung des gegenseitigen Vertrauens nicht unwichtig sein und die in die Ausschüsse gewählten Kruppischen Arbeiter würden sicher die richtige Form finden, ruhig und vernünftig über alle vorkommenden Einzelfragen zu reden. Schließlich würde es sich auch für die Firma zeigen, daß es für sie von Nutzen ist, sich mit einer Interessensvertretung der Arbeiter ihres Betriebes zu verständigen und daß sich auf die Dauer mit sozial erzogenen Arbeitern mindestens so gut auskommen läßt, als mit nur unklar wolkenden Massen.

Wenn sich auch alle in dieser Eingabe ausgeführten Wünsche nicht von heute auf morgen verwirklichen lassen, so dürften sie doch im allgemeinen die Richtlinien abgeben, nach denen die Lohn- und Arbeitsverhältnisse bei der Firma Krupp weiter entwickelt werden müßten. Wir erstreben ja allerdings darüber hinaus, daß auch in der Großindustrie, ähnlich wie in fast allen sonstigen Gewerben, die Lohn- und Arbeitsverhältnisse tariflich geregelt werden. Da dies aber bei der heutigen Stellungnahme der Unternehmer leider noch nicht möglich ist, dürfte es im Interesse beider Teile, der Arbeitgeber sowohl wie der Arbeitnehmer, notwendig sein, die Lohn- und Arbeitsverhältnisse in einer den veränderten Verhältnissen mehr Rechnung tragenden Form weiter auszubilden. Wir sehen als christliche Gewerkschaftler den Unternehmern an sich nicht feindselig gegenüber. Wir erkennen den Wert und die Bedeutung eines leistungsfähigen Unternehmertums für unsere gesamte deutsche Volkswirtschaft durchaus an und wissen die gemeinsamen Interessen von Arbeitgebern und Arbeitnehmern wohl zu würdigen. Wir sind aber auf Grund der tatsächlichen Verhältnisse zu der Überzeugung gekommen, daß die dann immer noch vorhandenen grundsätzlichen Interessen nicht vom einzelnen, sondern von der Gesamtheit der Arbeiterschaft kennengelernt werden müssen. Diese Erwägungen haben auch den Anstoß zu der vorliegenden Eingabe gegeben und hoffen wir, daß sie von dem hochwürdigsten Direktorium der Firma Krupp A.-G. einer wohlwollenden Prüfung unterzogen und halbmöglichst Berücksichtigung finden möge.

**Hochachtungsvoll**  
Die Ortsverwaltung Effen des christl. Metallarbeiterverbandes  
F. A. Heinrich Dirrleifer

Eine Antwort auf diese Eingabe ist nicht erfolgt. Wir verhehlen uns durchaus nicht, daß man über den einen oder anderen Punkt der Eingabe geteilter Meinung sein kann. Dieses dürfte aber den bleibenden Wert derselben nicht beeinträchtigen. Die Eingabe bildet eine beachtenswerte Grundlage für alle diejenigen, die ernstlich beabsichtigen, den Anforderungen der veränderten Zeitverhältnisse, bezüglich der Lohn- und Arbeitsbedingungen in industriellen Großbetrieben Rechnung zu tragen. Dies ist der Ortsverwaltung Effen von einer Reihe namhafter Persönlichkeiten, die mit den einschlägigen Verhältnissen vertraut sind, bestätigt worden. Weber Form noch Inhalt der Eingabe dürften der Firma Krupp einen genügenden Grund zur Rücksichtnahme bieten. Der eigentliche Grund dürfte in der leider noch völlig ablehnenden Haltung der Großindustrie gegen

über den Arbeiterorganisationen zu suchen sein. Dagegen wird aber die Firma Krupp nicht daran vorbeikommen, dem größten Teil der in der obigen Eingabe dargelegten und einzuwenden berechtigten Wünsche und Forderungen der Kruppischen Arbeiter Rechnung zu tragen. Es wird einzig und allein von dem Verhalten der Kruppischen Arbeiterschaft gegenüber den Organisationsbestrebungen abhängen, wann und in welchem Tempo ihre Wünsche erfüllt werden.

Nach ein Wort zu den Begleiterscheinungen der Eingabe. Es war wieder einmal interessant zu beobachten, wie die selben sich sonst als Feinde gebärdenden Schädlinge der deutschen Arbeiterschaft, der sozialdemokratischen Metallarbeiterverband und die Gelben, einträchtig über die praktische, zielbewusste Tätigkeit des christlichen Metallarbeiterverbandes herfielen. Das Geschrei der Gewerkschaft über „Wittschritten“ usw. kann keinen vernünftigen denkenden Menschen irgendwelche Beeinflussung haben. Haben doch die selben Genossen ihre mit so großem Geschrei in alle Welt hinausposaunte „Lohnbewegung der Kruppischen Arbeiter“ mehr wie einen Monat später wie der christliche Metallarbeiterverband am 4. August in eine erbärmliche Wittschrit ausgingen lassen. Sie werden sich schwer hüten, diese zur allgemeinen Kritik zu veröffentlichen, wie dies seitens des christlichen Metallarbeiterverbandes mit seiner Eingabe vorliegend geschieht. So hat auch der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Scheide mann bei den Tueringerarbeiten im Reichstage am 23. Oktober nicht das ihm näher liegende minderwertige Geistesprodukt seiner Eiferer so inblendem freudigen Beifall, sondern als einzig durchschlagendes Material die vorliegende Eingabe des sonst so verhassten, christlichen Metallarbeiterverbandes und eine Eingabe des Gewerkschafts christlicher Bergarbeiter allerdings in der bekannten tendenziösen sozialdemokratischen Manier verwendet.

Daß den Gelben vernünftige gewerkschaftliche Arbeit wie die vorliegende ein Greuel ist und sie deswegen mit allen Mitteln versuchen, den Eindruck derselben bei ihren treuehuldigsten Schäfchen mit allerhand Mißreden zu verwischen, ist bei dem bekannten Charakter dieser Gesellschaft nicht weiter verwunderlich, so daß es sich wahrscheinlich nicht verlohnt, näher darauf einzugehen.

Wir trauen der Kruppischen Arbeiterschaft soviel guten Willen an, daß sie auf die Dauer schon einsehen wird, wo

vernünftige, praktische Arbeit zum Wohle der Gesamtheit geleistet wird. Gerade die gehässige Bekämpfung des christlichen Metallarbeiterverbandes von rechts und links, von Gelben und Genossen, sollte auch den letzten Kruppischen Arbeiter zu der Erkenntnis führen, daß der christliche Metallarbeiterverband mit seiner Tätigkeit für die Arbeiterschaft auf dem richtigen Wege ist und deswegen alle Arbeiter in ihrem eigenen Interesse sich ihm anschließen müssen. Auf einen Streich fällt keine Eiche. Wenn deshalb der erste Versuch, die Verhältnisse der Kruppischen Arbeiter direkt von organisationswegen zu bessern, nicht sofort in dem Maße erfolgreich war, wie dies im Interesse der Allgemeinheit gewünscht werden mußte, so muß dies für alle Kruppischen Arbeiter erst recht ein Ansporn sein, in Zukunft noch viel stärker wie bisher mitzuarbeiten an der Lösung der großen Aufgaben, die die vorliegende Eingabe gerechnet hat. Das geschieht am besten durch möglichst vollständigen Beitritt zum christlichen Metallarbeiter-Verband Deutschlands.

**Konventionallirren der Arbeitgebervereinigungen und § 152 der Gewerbe-Ordnung.**

Unser Verband hatte im verfloffenen Jahre in Süddeutschland zwei Bewegungen zu führen, die durch das Verhalten der Arbeitgeber zu längeren Arbeitsunterbrechungen führten. So war es bei dem Streik der Bauhofsler in Regensburg, wo die Schärjacher unter den Meistern es verstanden hatten, ihre Kollegen durch einen Sichtwechsel von 300 Mark darauf festzulegen, mit den Organisationen der Arbeiter keinerlei Vereinbarung zu treffen. Trotzdem ein Teil der Arbeitgeber durch die Dauer des Kampfes von 10 Wochen ihren Verpflichtungen nicht nachkommen konnten und großen Schaden erlitten, getraute sich doch keiner, von den Abmachungen zurückzutreten, wegen des drohenden Schadens. Von unserer Seite wurde alles versucht, denjenigen Meistern, die gewillt waren mit uns einen Tarif abzuschließen, über die Bedenken mit dem Wechsel hindrängeln. Allein die Macher hatten ihren Kollegen wohlweislich keine Zeile über die Bestimmungen ausgekündigt und so waren unsere Bemühungen ohne Erfolg.

Bei der Bauhofslerbewegung in Augsburg hatten wir dasselbe zu verzeichnen. Die Sache hatte jetzt ein gerichtliches Nachspiel. Die Schloßherrn Augsburg hatte gegen ein kontraktbrüchiges Mitglied Strafverfolgung erhoben, sie wurde jedoch vom Landgericht förmlich abgewiesen. Wie in der Deutschen Schloß- und Schmiedezunft mitgeteilt wird, beabsichtigt die Schloßherrn, die Sache durch alle Instanzen bis an das Reichsgericht gehen zu lassen. „Solte sie“, so meint das Blatt, „mit ihrer Klage nicht durchdringen und sämtliche Instanzen den Staub zum Besten geben, trotz eines eingegangenen Vertrages, von den eingegangenen Abmachungen stillschweigend zurückzutreten kann, so wäre dies im Interesse eines geregelten Innungslebens sehr zu bedauern. Denn wie will man dann noch Konventionallirren festlegen? Immerhin lauten wieder andere Urteile dahingehend, daß eingegangene Verträge rechtlich vollst. gültig sind, dies wird um so mehr auf diejenigen Vereinbarungen zutreffen, die innerhalb einer freien wirtschaftlichen Vereinigung getroffen wurden und die Innung demnach außer Frage kommt.“

In der ersten Hälfte des Juli 13. hatten der christliche, kirchlich-Dundersche und sozialdemokratische Metallarbeiterverband gemeinsam den Schloßherrn einen neuen Tarifvertragsentwurf vorgelegt. In einer am 14. Juli abgehaltenen Versammlung beschloß die Innungsmeisterei durch Vermittlung ihrer Lokalkommission mit den Arbeitern und Gewerkschaftsbeamten in Unterhandlung zu treten, Verbesserungen zu gewähren, aber keinen Tarif abzuschließen. Um die Meister nun an die getroffenen Vereinbarungen zu binden, wurde ein Vertrag abgeschlossen, nach dem bestimmt war: „Für die Dauer dieser Lohnbewegung und zwar bis zur vollständigen Beendigung derselben verpflichten sich nun die unterfertigten Schloßherrn gegenseitig in keinerlei persönlicher Unterhandlung mit den Organisationen der Gehilfen und Arbeiter, mit irgend welchen Gewerkschaftssekretären oder auch mit den eigenen oder fremden Arbeitern, mögen sie organisiert sein oder nicht, einzutreten, noch auch irgendwelche Verträge und Vereinbarungen über Lohn-

und Arbeitsbedingungen mit den erwähnten Organisationen oder Einzelpersonen oder auch nur zum Schein ohne Genehmigung der von der Schloßherrn aufgestellten Lohnkommission einzugehen. — Wer diesem Vertrag vorsätzlich und fahrlässig zuwiderhandelt, hat eine Konventionalstrafe von 300 M., wenn er nur einen Arbeiter beschäftigt, und 50 M. für jeden weiteren Arbeiter an die Schloßherrn zu bezahlen, mit der Maßgabe, daß die Innung neben der Vertragsstrafe ein selbständiges Recht auf Zahlung der verfallenen Strafe erhält.“

Der Schloßherrn Meisterei war schon in der Versammlung für den Abschluß eines Tarifvertrages eingetreten, hatte sich aber dann doch zur Unterzeichnung des zwischen den Meistern vereinbarten Vertrages herbeigelassen. Nach dieser Versammlung traten die Arbeiter in einen Streik, der am 3. August in einer Einigungsverhandlung vor dem Gewerbegericht durch den Abschluß eines Tarifs beendet wurde. Da sich die Sache so lang hinausgezogen hatte, hatte Meisterei bis zum 1. September vertragsgemäß die Schloßherrn in fünf bis zum genannten Termin zu beziehenden Wohnhäusern fertigzustellen hatte, am 29. Juli den Tarif unterzeichnet. Deshalb klagte die Schloßherrn gegen ihn die verbriefte Konventionalstrafe von 650 M. ein. Das Landgericht hat die Klage kostenlos abgewiesen. Das Endurteil führt in seinen Gründen aus, daß der die Koalitionsfreiheit zustehende § 152 der Gewerbe-Ordnung in Abs. 2 bestimme, daß jedem Teilnehmer der Meisterei von betriebl. Vereinbarungen und Vereinigungen freisteht und daß aus dem Austritt weder eine Klage noch Einrede statuiert. Solche Vereinbarungen sind somit zwar nicht nützlich, doch sind sie zivilrechtlich unverbindlich; es kann auf Erfüllung solcher Vereinbarungen, insbesondere auf Zahlung einer vereinbarten Konventionalstrafe nicht geklagt werden.

Die Frage, ob § 152 der G.-O. auf den vorliegenden Fall Anwendung finden müsse, wurde vom Gericht bejaht, denn die zur Abwehr der gegnerischen Lohnbewegung unter Meistern geschlossene Vereinbarung war eine Schutz- und Kampfvereinbarung, die während der Dauer der Lohnbewegung der Gehilfen Bestand haben sollte. Gerade das Verbot der Annahme des Tarifvertragsentwurfs bildete die wesentliche Kampfmaßregel, durch die ein Druck auf die Arbeiter ausgeübt werden sollte, sich den für die Arbeitgeber günstigeren Lohn- und Arbeitsbedingungen zu fügen. Durch seine Unterhandlung mit den organisierten Arbeitern und durch die Annahme des Tarifvertrags war der Beklagte stillschweigend aus der Vereinbarung der Meister ausgeschieden. Die Verabredung einer Vertragsstrafe entbehrte nach § 152 Abs. 2, da aus der Verabredung keine Klage statuiert war, der rechtlichen Wirksamkeit.

Diesem Urteile des Landgerichtes können wir nur voll und ganz beipflichten. Wir glauben kaum, daß die Innung in der höheren Instanzen mehr Glück mit ihrer Klage haben wird, da im vorliegenden Falle zweifellos der § 152 der G.-O. zu Recht Anwendung gefunden hat.

**Aus der Arbeiterbewegung.**

**Eine sehr sonderbare Neutralität.**

Die vorgebildete religiöse und politische Neutralität der kirchlich-Dunderschen Gewerksvereine erfährt eine bezeichnende Veranschaulichung durch mehrere Berichte in ihrem Hauptorgan „Der Gewerksverein“ Nr. 97 vom 6. Dez. 1911. Danach hat eine Versammlung des kirchlich-Dunderschen Ortsverbandes in Chemnitz zur Volksschulfrage Stellung genommen und in einer Resolution u. a. „die Reform des Religionsunterrichtes im Sinne der Zwifauer Thesen“ verlangt. Diese Zwifauer Thesen stammen von der linksliberalen Lehrerschaft und fordern die allmähliche Beseitigung des Religionsunterrichtes aus den Volksschulen. — Das nennen die kirchlich-Dunderschen dann religiöse Neutralität! Mit ihrer politischen nicht es ähnlich aus. In derselben Nummer des „Gewerksvereins“ wird über eine Ortsverbandesversammlung in Köln berichtet, die sich mit wirtschaftspolitischen Fragen und den kommenden Reichstagswahlen beschäftigte. Kein Kandidat, so heißt es in der hierzu angenommenen Resolution, dürfe „eine Gewerksvereinsstimme erhalten, der nicht gewillt ist, seine Kraft dafür einzusetzen, Versuche zu legen in das System der gegenwärtigen verhassten Wirtschaftspolitik.“

Dasselbe Hauptorgan der kirchlich-Dunderschen Gewerksvereine befaßt sich sodann in der folgenden Nr. 98 vom 9. Dez. in einem Artikel „Rückblick und Ausblick“, mit dem vergangenem und kommenden Reichstag. „Die politische Neutralität unserer Organisation“, so heißt es da an einer Stelle, „verbietet uns, den Mitgliedern vorzuschreiben, ihre Stimme einer bestimmten Partei zuzuwenden, oder welche Kandidaten sie im einzelnen zu wählen haben.“ Ein paar Zeilen weiter aber heißt es wieder: „Keinem Gewerksvereinsmann kann es zweifelhaft sein, wie er sich zu entscheiden hat, wo ein Kollege aus unseren Reihen als Kandidat auf den Schild erhoben worden ist.“

Das ist wirklich eine sehr sonderbare Neutralität! Denn auch die Kandidaten aus den Reihen der kirchlich-Dunderschen Gewerksvereine sind bekanntlich bei politischen Wahlen Kandidaten einer bestimmten politischen Parteidichtung. Der Gewerksverein stellt dann einige Wahlkreise auf, wo kirchlich-Dundersche Beamte für die fortschrittliche Volkspartei kandidieren und schreibt so — trotz seiner vorher gegebenen gegenteiligen Versicherung — den kirchlich-Dunderschen Mitgliedern vor, welche Kandidaten sie im einzelnen zu wählen haben. — Die kirchlich-Dunderschen Gewerksvereine dürfen sich also nicht beklagen, wenn die Arbeiterschaft nach wie vor ihren Neutralitätsbeteuerungen keinen Glauben schenkt.

**Wieder eine sozialdemokratische „Mutter“-Krankenkasse.**

In einer kürzlich stattgefundenen, sehr erregt verlaufenen Generalversammlung der Ortskrankenkasse in Ronsdorf bei Oberfeld kam es bei der Neuwahl des Vorstandes zur Kennzeichnung sozialdemokratischer Parteiherrschaft innerhalb der Kasse. Die ausstehenden Arbeitgeber erklärten, daß sie ein Amt nicht mehr annehmen würden, weil „infolge der Uneinigkeit im Vorstand ein erspriechliches Arbeiten unmöglich sei.“ Das richtige sei, einen ganz neuen Vorstand zu wählen. Das Vorstandsmitglied Matthes (Arbeitgeber) führte u. a. aus: „Wie in der Kasse Parteipolitik getrieben wird, so kann das nicht mehr weiter gehen. Es kommen im Parteiinteresse Sachen vor, die nicht mehr schön sind. Die Schuld liegt auf Seiten der Arbeitnehmer. Es berührt einen nicht gerade angenehm, wenn man in eine Sitzung kommt und sofort bemerkt, daß alle Beschlüsse schon vorher gefaßt sind.“ Ein anderer Redner ergründete das, in



dem er sagte: „Wir müssen Leute im Vorstand haben, die keine Parteinteressen verfolgen, sondern das Wohl der Klasse im Auge haben. Und das ist jetzt bei manchen nicht der Fall.“

Ein christlich-organisiertes Vorstandsmitglied, das von den „Genossen“ natürlich hinausgewählt wurde, teilte mit, es hätte Delegiertenversammlungen stattgefunden, zu denen die christlichen Delegierten gar nicht eingeladen worden seien. Er wüßte nach und nach alle den Genossen nicht genehmen Vorstandsmitglieder entfernt. Sogar „Genossen“ warfen der Klassenleitung „Mißwirtschaft“, „Kulissenarbeit“ u. v. vor und erklärten: „Partei der Freiheit und Gemeinheit“ Klinge besser als Partei der Freiheit und Gleichheit.

Da sage noch einer, daß die vorbeugenden Bestimmungen in der Reichsversicherungsordnung nicht notwendig gewesen seien.

Sozialdemokratische Zeitungen gegen die Arbeiterinteressen.

Ein großer Teil der sozialdemokratischen Presse druckte vor mehreren Tagen eine recht trübten Quellen und noch trübteren Abflüssen entprungene Notiz ab, die der Verschönerung eines Tarifabschlusses dienen sollte, den der christliche Tabakarbeiterverband mit einer kleinen Firma in Westfalen getätigt hat. Welch blutigem Hohn sie sich dabei ausgesetzt hat, merkte sie natürlich in ihrem Eifer, einen scharfmacherischen Egoismus des Unternehmerrates, „Verein. Tabakzeitungen“ als Kronzeugen gegen die Arbeiterfrage auszuspielen, nicht. Denn der Tarifvertrag enthält zum allergrößten Teile die Bestimmungen, die der sozialdemokratische Tabakarbeiterverband in seinem Normal-Tarifvertrag aufgenommen hat. Der Tarif enthält gar nichts, was vom Arbeiterstandpunkt ansatzbar ist. Die ganze Schätzigkeit der von der sozialdemokratischen Presse einem Scharfmacherblatt nachgedruckten Notiz, erschließt man am besten daraus, daß in Westfalen schon 11 Wochen lang die christlich-organisierten Tabakarbeiter ausgeperrt sind und mit ihren „frei“-organisierten Kollegen einen harten Kampf ausfechten. Zur Durchsicherung des Kampfes haben die Arbeiter eine aus Vertretern aller Richtungen zusammengesetzte Kommission gewählt. Als dieser, der die Interessen der kämpfenden Arbeiter schwer schädigende Artikel bekannt wurde, fielen wenig schmeichelhafte Ausbrüche. Mit heller Entrüstung machten die freigewerkschaftlichen Vertreter der Tabakarbeiter ihrem Unmut über das arbeiterschädigende Verhalten der „Bühnen“ (Vielelebe), die den Artikel zuerst gebracht hat, Luft. Man wurde lebhaft an die Klagen der sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer erinnert, die sie seinerzeit auf der bekannten Gesamtkonferenz ausgesprochen haben, daß sie von der Partei Fußstapfen ins Kreuz bekommen haben. Es ist nicht das erste Mal, daß die rote Parteipresse für ihre arbeiterschädigende Haltung von ihren eigenen Genossen die Quittung bekommt.

Welche Absicht ein angebliches „Arbeiterblatt“, das im Ausperrungsgebiet erscheint, mit solch verlogenen Waffen verfolgt, braucht hier nicht untersucht zu werden. Nur das sei gesagt, daß es ihm nicht gelingen wird, einen Keil in die Einigkeit der Ausperrten zu treiben, denn die christlich-organisierten Tabakarbeiter kämpfen nicht um sozialistischer Gunst willen, sondern um die Interessen der Tabakarbeiter zu wahren. Mit solchen Treibereien wird lediglich erreicht, daß sich die Arbeiter mit Wut von einer Presse abwenden, die solch schmutzige Mittel im Kampf gebraucht.

Handelsgesellschaft.

Der bayerische Industriellenverband hielt am 16. Dezember in München seine 9. Hauptversammlung ab. Wie aus dem Bericht der Münchener Neuesten Nachrichten hervorgeht, zeigte sich auch bei dieser Industriellen-Organisation, daß die „Schindluffe“ zum Sturm blasen. Der Geschäftsführer, Herr Dr. Alfred Kuhlso meinte nämlich u. a.:

„Auf dem Gebiet der Sozialpolitik haben die letzten Jahre eine ganze Flut von Gesetzen, Gesetzentwürfen, Vorschlägen und Anträgen gebracht. Die Novelle zur Reichsversicherungsordnung belastet die Industrie mit einigen hundert Millionen jährlich; die Änderungen der Gewerbeordnung sind so zahlreich, daß man wirklich nicht verlangen kann, daß der Industrielle immer die allerneuesten Bestimmungen kenne. Dem Arbeitsamtergesetz das endlich in der Verfertigung verschunden ist, weiß niemand eine Kränze nach; es hätte sich nicht zum Ausgleich, sondern nur zur Verschärfung der Gegensätze beigetragen.“

Die beiden letzten Taten des Reichstags, das Samarbeitersgesetz und das Privatbeamtenversicherungsgesetz, haben der Industrie wenig Freude bereitet. Das Samarbeitersgesetz bringt, wenn auch in der verkäpften Form von Sachauschüssen, die vielbekämpften Lohnämter; das Reich hat hier einen sehr bedenklichen Weg beschritten; das Privatbeamtenengesetz ist nur aus wahlaktischen Gründen durchgepeitscht worden, ohne daß man den ernststen Gegenüberstellungen Beachtung schenkte.

In Bayern ist es bedauerlich, daß die Staatsregierung den Gemeinden die Einführung der Arbeitslosenversicherung empfohlen hat; dieses bis jetzt noch viel zu wenig geklärte Problem könne, wenn überhaupt, nur durch eine Reichsversicherung gelöst werden. Es wäre viel wünschenswerter, meinte der Redner unter dem Beifall der Versammlung, wenn die Staatsregierung den Gemeinden einen erhöhten Schutz der Arbeitswilligen nahe legte; in dieser Beziehung sind gerade in Bayern in den letzten Jahren haarsträubende Dinge vorgefallen.“

Wir haben nicht die Absicht, uns im einzelnen mit der Jeremiade des Herrn Schindluff zu befassen. Hinweisen möchten wir nur auf den Gegensatz zwischen dem Egoismus und den Tiraden der Sozialdemokraten, die bekanntlich alles Heil von der Gesetzgebung erwarten und im gegebenen Fall doch die Gesetze nicht annehmen. So ziehen also die Genossen in der Praxis mit den Scharfmachern an einem Strang. Von beiden hat die Arbeiterklasse keine sozialpolitischen Fortschritte zu erwarten.

Die Gewerkschaftsbewegung in Belgien hat in den letzten Jahren für die christliche Richtung eine sehr günstige Entwicklung genommen, während die sozialdemokratischen Gewerkschaften stagnieren. Letztere haben am 24. und 25. November d. J. ihren Kongress abgehalten. Aus den Vorberichten ist zu ersehen, daß sie im laufenden Jahre nur 617 Mitglieder zugenommen haben. Sie zählten im Jahre 1908: 67 418, 1909: 73 361, 1910: 68 984 und 1911: 69 601 Mitglieder. Im sozialdemokratischen Lager ist man mit dieser Entwicklung denn auch im höchsten Grade unzufrieden. „Le Peuple“ vom 5. Dezember 1911 schreibt:

„Wir kommen nicht von der Stelle. Es ist ja wahr, daß unsere Gewerkschaften sich konsolidieren, daß sie manchen Angriffen widerstehen. Aber die Zahl der organisierten Proletarier ist zurückgegangen im Hinblick auf die Zahl der in der Industrie beschäftigten Arbeiter, die mehr als 900 000 beträgt. Unser Marsch muß beschleunigt werden!“

Die christlichen Gewerkschaften Belgiens haben im Jahre 1911 um mindestens 23 000 Mitglieder zugenommen. Sie zählten anfangs August d. J. 71 235 Mitglieder und haben die besten Aussichten für eine günstige Weiterentwicklung.

Die Streikversicherung der deutschen Unternehmer im Jahre 1910. Das Novemberheft des Reichsarbeitsblattes berichtet von 17 Streikentschädigungsgesellschaften, darunter 2 Rückversicherungsgesellschaften, wovon 14 nähere Angaben gemacht haben. Seit der letzten Berichterstattung wurden fünf Streikentschädigungsgesellschaften gegründet. Von den 127 424 Mitgliedern der deutschen Arbeitgeberverbände, welche 4 047 440 Arbeiter beschäftigten, haben sich 47 328 Unternehmer mit 2 315 159 Arbeitern im Streikfalle eine Entschädigung gesichert. Die Streikversicherung ist also für 37% der in Arbeitgeberverbänden organisierten Unternehmer mit 58% der beschäftigten Arbeiter durchgeführt. Die Streikentschädigungsgesellschaften zahlen Entschädigungen bei Streiks und für gewöhnlich auch bei Aussperrungen. Voraussetzung ist, daß die Arbeitseinstellung nicht durch Verschulden des Unternehmers herbeigeführt wurde. Die Höhe der Unterstützung schwankt zwischen 5 und 25% des durchschnittlichen Tagesverdienstes der Streikenden oder Aussperrten und wird gezahlt pro Mann und Tag. Die Streikentschädigungsgesellschaft des Gesamtverbandes deutscher Metallindustrieller zählte an 93 Mitglieder für 1 757 798 ausgefallene Arbeitstage 1 317 786 Mk. Die Entschädigungsgesellschaft des Unternehmerverbandes Unterelbe zählte an 153 Mitglieder für 227 250 ausgefallene Arbeitstage 229 540 Mk. Entschädigung. Die Gesellschaften erheben an Eintrittsgeld und Beiträgen einen bestimmten Prozentsatz von der jeweiligen zur Auszahlung gelangten Lohnsumme. Langt diese Umlage nicht, dann werden Nachhülfe erhoben. — Die Streikversicherung der Unternehmer muß weitergemacht werden durch vermehrte Ausbau unserer Organisation und erhöhte Opferwilligkeit der Mitglieder.

Die deutschen Aktiengesellschaften im 3. Vierteljahr 1911. Nach den Angaben des Kaiserlich-königlichen Amtes sind in abgelaufenen Vierteljahr 39 Aktiengesellschaften mit einem Grundkapital von 45 Millionen Mark handelsgerichtlich eingetragen worden. In diesem Jahr wurden bis jetzt neue Gesellschaften gegründet: im 1. Vierteljahr 33 mit 48 101 000 Mk. Grundkapital; im 2. Vierteljahr 45 mit 44 275 000 Mk. und im 3. Vierteljahr 39 mit 46 395 000 Mk. Grundkapital. In Liquidation traten 18 Gesellschaften mit einem Kapital von 8 1/2 Millionen Mark. Vier Aktiengesellschaften mit einem Kapital von 2 200 000 Mk. gerieten in Konkurs. Ohne Liquidation schieden 5 Gesellschaften mit rund 17 Mill. Mark Kapital aus. Davon haben sich 2 mit einer anderen Unternehmung verschmolzen, 2 wurden verstaatlicht, und eine wurde in eine G. m. b. H. umgewandelt.

Aus der Partei der Bruderliebe. In Stuttgart haben die Gegensätze im Genossenlager eine solche Schärfe angenommen, daß der alte August Nebel eingreifen soll, um die feindlichen Brüder wieder unter einen Hut zu bringen. Welche gehässigen Formen der Kampf angenommen hat, beweist ein „Rotschrei“ des Genossen Westmeyer in der sozialdemokratischen Göppinger Volkszeitung, er redet von „Insamen Verleumdungen und giftigen Lügen“, die auf ihn herabregneten. In der „Schwäb. Tagwacht“, dem Stuttgarter Genossenorgan, stände ihm kein Raum zur Verfügung um sich zu verteidigen. Wie abgrundtief die Genossen in ihrem Haß sind, zeigt folgende Stelle in dem Artikel:

„Nach meiner Maßregelung durch die Mehrheit der Landesversammlung jubelte man: „Nun muß der Westmeyer aus Stuttgart hinaus!“ Durch die Zertrümmerung meiner Existenz in Stuttgart glaubte man das heiß ersehnte Ziel erreicht zu haben. Meine Gegner jubelten zu früh. Nach dem wohlgefügten Wahlschwindel bei der Gemeinderatswahl schäumte die Freude hoch auf. „Nun muß er fort!“ Das Rezept, mich mit Weib und Kind in Stuttgart auszuhungern, schien endlich sicher zu wirken. Um ganz sicher zu gehen, setzte man auch noch die ungeheuerlichsten Beschuldigungen in die Welt, um mir das letzte, den guten Namen zu zerlegen. Pamphlete mit den schmutzigen Lügen werden in Massen hergestellt und verandt, Briefe mit Menschenkot, offene Postkarten mit den tollsten Schmähungen mir zugesandt. Die anonymen Schäfte können zufrieden sein. Ich bin müde geworden des Kampfes mit unsäglicher Niedertracht und Gemeinheit. Hart war es, als mir im Gefängnis zu Wechingen die Nachricht wurde, daß meine beiden Kinder totfrank darniederliegen, während der Vater hinter eisernem Gitter büßte für sein Eintreten für die Arbeiterklasse. Aber

bitterer noch ist die Erfahrung, daß Arbeiter, arme Teufel wie ich, dieser planmäßigen Auszehrung und Ehrabschneiderei zujubeln. Das hat mich gebrochen.“

Diesem Rotschrei noch etwas anfügen, hieß seine Wirkung abschwächen.

Worte und Taten sind bei der deutschen Sozialdemokratie bekanntlich immer zweierlei. Ihren Worten nach will die Sozialdemokratie alle Mängel und Mißstände, unter denen der Arbeiterstand leidet, beseitigen. Wie oft zog sie nicht beispielweise in den schärfsten Worten gegen die „Kinderausbeutung profitgieriger Kapitalisten“ zu Felde. Nebenbei bemerkt, ist die Forderung der Beseitigung der Kinderarbeit sicher sachlich an sich durchaus berechtigt und wird von uns und allen bürgerlichen Sozialpolitikern entschieden vertreten. Die Sozialdemokratie läßt's aber leider auch hier wieder bei schuldigen Phrasen allein bewenden. Selbst unter dem Kinderbeschutzgesetz findet man die „Kinderausbeutung“ noch in sozialdemokratischen Parteibetrieben. So stellte auf der 6. sozialdemokratischen Frauenkonferenz am 8. September 1911 die Stuttgarter Genossin Duncker fest:

„daß in Stuttgart leider die „Tagwacht“ (das dortige sozialdemokratische Parteiorgan) regelmäßig durch Kinder ausgetragen wird.“

Das Kinder ausbeutende Stuttgarter Soziorgan kann sich aber damit trösten, daß es mit seinem, zur sozialdemokratischen Theorie in schroffem Gegensatz stehenden Verhalten nicht allein auf roter Flur dasteht. Auf ihrem letzten Verbandstag in München nahmen die sozialdemokratischen Lagerhalter und Lagerhalterinnen eine Resolution an, worin es heißt:

„daß ein Teil der (sozialdemokratischen) Konsumvereine seine soziale Pflicht nicht erfüllt.“ Auf's schärfste verurteilt die Resolution das Verhalten einiger Konsumvereine, die ihren Angestellten sogar das Koalitionsrecht verkümmern.

So handeln sozialdemokratische Betriebe also gerade so wie die kapitalistischen Ausbeuter und Scharfmacher, die sonst von den Sozialdemokraten in Grund und Boden verdonnert werden. Theorie und Praxis, Worte und Taten stehen eben bei den Genossen in einem schreienden Gegensatz. Und diese Erscheinungen bilden bei den Genossen durchaus nicht etwa eine Ausnahme, sondern sie bilden eine ununterbrochene Kette. Als seinerzeit sechs Vorwärtsredakteure auf einmal auf's Pflaster flogen, weil die guten Leute von dem Wahn befangen waren, eine eigene Meinung haben zu dürfen, da meinte die sozialdemokratische „Münchener Post“ vom 31. 10. 1905, besser hätten es auch die brutalsten Scharfmacher nicht machen können:

„Wie sollen deutsche Arbeiter noch mit Erfolge gegen das Unternehmertum ankämpfen, wenn der Vorstand der sozialdemokratischen Partei sich krupellos benimmt, wie das rücksichtsloseste Scharfmacherlein?“

Und eine solche Partei hat dann noch die Unberfrorenheit, von denkenden Arbeitern zu erwarten, daß sie ihren großen Volksbetrug und die Volksinteressen aufs schwerste schädigenden Schwindel mitmachen! Der denkende Teil der deutschen Arbeiterschaft wird sich schwer hüten. Denn nur in der christlich-nationalen Arbeiterbewegung findet er eine ehrliebe und erfolgreiche Vertretung seiner Interessen.

Streiks und Lohnbewegungen.

Zur Beachtung. Bei allen Lohnbewegungen jede Woche vor Redaktionsschluss ein Bericht, wenn auch nur per Postkarte, über den Stand der Bewegung einzusenden, andernfalls fällt die Warnung vor dem Zugzug fort.

Dortmund-Alten. Ueber die Gießerei der Firma Krupp in Pann ist die Sperre verhängt.

M.-Glabbach. Die Firma Scheidt und Bachmann, Eisenbahnsignal-Voranstalt und Maschinenerei, hat ihre gesamte organisierte Arbeiterschaft ausgesperrt. Zugzug ist streng fernzuhalten.

Weypen. Die Weypener Eisenhütte ist für Metallarbeiter aller Branchen — wegen Nichtanerkennung des Koalitionsrechtes — gesperrt.

Zwiflringen. Bei der Firma Arnold Meyer, Fabrik für landwirtschaftliche Maschinen, sind Differenzen ausgebrochen. Zugzug von Metallarbeitern aller Branchen und Tischlern ist streng fernzuhalten.

Solingen-Daan. Bei der Firma Hofeinz & Co., Maschinenfabrik sind wegen Maßregelung Differenzen ausgebrochen. Zugzug von Schlossern, Hoblern, Fräsern und Bohren ist fernzuhalten.

Gevelsberg. Die Arbeiter der Firma Gebr. Schürhoff, Werkzeugfabrik, stehen zwecks Beseitigung von Mißständen und Durchführung einer Lohnerhöhung im Streik.

Langerwehe-Schönthal. Bei der Firma Karl Schleicher & Söhne, Radelfabrik, sind Differenzen ausgebrochen. Zugzug von Radlern ist streng fernzuhalten.

Hamburg. Die Elektriker stehen im Streik. Zugzug fernzuhalten.

Krefeld. Sämtliche Gießereiarbeiter der Firma Schrörs stehen im Streik. Zugzug ist streng fernzuhalten.

Trier. Wegen Nichtanerkennung des abzuschlossenen Tarifvertrages sind eine Anzahl von Betrieben der Klempner- und Installationsbranche gesperrt. Zurückliegende Kollegen haben sich daher vor Annahme von Arbeit auf dem christlichen Gewerkschaftsbüro Hohenstraße 12 zu melden.

Saun i. Weisk. Bei der Firma Kerkmann stehen die Schleifer in einer Bewegung. Zugzug ist streng fernzuhalten.

Zugzug ist fernzuhalten.



### Bekanntmachung.

Da die Beiträge immer für die kommende Woche im voraus zahlbar sind, so ist für Sonntag den 31. Dezember 1911 der erste Wochenbeitrag für die Zeit vom 31. Dezember 1911 bis 6. Januar 1912 fällig.

Die Ortsgruppe **Wilhelmshaven** erhält die Genehmigung zur Erhebung eines Lokalbeitrages von 15 Pf. pro Woche ab 1. Januar 1912. Die Nichtbezahlung dieses Beitrages hat den Verlust statutarischer Rechte zur Folge.

### Aus dem Verbandsgebiet.

**Münster i. W.** (Teuerung und Selbsthilfe.) Das hiesige christliche Gewerkschaftsartell beschloß Mitte Oktober, angesichts der hohen Fleischpreise, die in keinem Verhältnis zu den Preisen standen, welche die Bauern für ihre zu verkaufende Ware bekommen, zur Selbsthilfe zu schreiten und gemeinsam mit den Arbeitervereinen den Fleischverkauf selbst in die Hand zu nehmen. Diesem Beschlusse folgte die Tat sofort, indem im Arbeiterhause jede Woche 4-5 Schweine ausgehauen und das Pfund Fleisch zu 60 und 65 Pfg. abgegeben wird, während sonst die Preise auf 80-100 Pfg. sich belaufen. Diese Maßnahme fand den allgemeinen Beifall der Mitglieder, die gern die Gelegenheit wahrnahmen, ein Stück Fleisch zu einem erschwinglichen Preise zu kaufen. Die Folge dieser Maßnahme ist, daß jetzt Dienstags und Freitags an acht bis zehn Stellen der Stadt von Privaten ebenfalls Schweine ausgehauen werden, und zwar zu denselben Preisen, den wir angelegt haben. Der Landwirtschaftliche Kreisverein Amelsbüren-Siltrup folgte gleichfalls diesem Beispiele, um ebenfalls den Preistreibern des Zwischenhandels entgegen zu arbeiten. Und auf dem letzten Wochenmarkt konnte man auch da schon feststellen, daß Mehger das Pfund Schweinefleisch zu 65 Pfg., Koteletts zu 75 Pfg. verkauften, während letzteres sonst mit 90 und 95 Pfg. bezahlt werden mußte. So ist unstreitig durch diese Maßnahme eine für die arbeitende Bevölkerung günstige Wirkung erzielt worden. Auch werden die Mehger wohl oder übel mit ihren Lebenspreisen folgen müssen, da die Konkurrenz sie dazu zwingen wird.

Jeber, dem das Wohl der Arbeiter am Herzen liegt, müßte eine solche Maßnahme freudig begrüßen. Nicht so die „partientierten Arbeiterfreunde“ (richtiger Arbeiterfeinde. S. 2.) von Münster, die sozialdemokratischen Arbeiterführer im trauten Verein mit der roten Arbeiterzeitung Dornmund. Sie nennt dieses Vorgehen des christlichen Kartells „Wachhappenpolitik“, schimpfen tun die Gewissen wie ein Köchelspaz darüber, daß der Kollege Holle im Auftrage der christlichen Arbeiter in der Stadtverwaltungskommision vom 11. Oktober wegen der Teuerung interpellierte, ohne sich dazu die Genehmigung der Münsterschen roten Pimperl-Wichtig's eingeholt zu haben, sie hatten nämlich einen Tag vor der Sitzung durch Gil- und Hantscheibrief auch eine Interpellation eingereicht. Statt die praktische Arbeit der christlichen Arbeiter anzuerkennen, stellen sie sich als den billigen Jakob auf den Markt und rufen in der Arbeiterzeitung, wir waren die ersten, welche interpellierten, und da haben die „Christen“ es aus Angst auch getan. (Wer laßt das?) Diese an Größenwahn grenzende Ansicht haben sie schon oft vertreten, sie wirkt besonders humoristisch und entläßt unsern Kollegen ein mitleidiges Lächeln, wenn man bedenkt, daß diese armen gequälten Geister in einer großen Versammlung des Kartells in diesem Frühjahr selbst ihre Unfähigkeit eingestehen mußten, mit christlichen Arbeitervertretern über das sozialdemokratische Programm zu diskutieren, trotzdem sie — auf der Parteischule gewesen waren. Ob diese Markttheorie nicht bald selbst einsehen, welche lächerliche Rolle sie in vorstehender Frage gespielt haben?

Die christlichen Arbeiter halten es mit der praktischen Arbeit, weil sie ihnen Vorteile bringt, sie überlassen es den roten Wortatleten neblis, ihre Anhänger mit Phrasen zu füttern.

**St. Jürgert.** Bereits seit ein und einem halben Jahre stehen die Handwerker, Heizer u. Maschinenisten der Kgl. bayerisch. Grube St. Jürgert in einer Bewegung zwecks Aufbesserung ihrer Löhne. Wiederholte Beschwerden durch Vermittelung des Arbeiterausschusses bei der hiesigen Verwaltung, eine Eingabe an die Generaldirektion sowie eine Petition an die Kgl. bayerische Regierung und den Landtag führten bis dato noch zu keinem Erfolge. Das Abgeordnetenhaus wurde aufgefordert, ehe es sich noch mit der Petition befassen konnte; wir müssen also wiederum längere Zeit warten, bis man sich in München mit unseren berechtigten Wünschen befassen kann. Darum wurde an die hiesige Verwaltung erneut die dringende Bitte gerichtet, doch ab 1. Januar 1912 eine Lohnaufbesserung zu gewähren. Diese Bitte wurde aber wieder mit der Bemerkung abgelehnt, daß die Verwaltung dies nicht tun könne.

Die Handwerker, Heizer und Maschinenisten wenden sich deshalb an die Generaldirektion, die erbetene allgemeine Lohn-erhöhung doch ab 1. Januar durchzuführen, zumal doch in den letzten zwei Jahren nur ganz verschwindend wenige Arbeiter in Ihren Bezügen aufbessert wurden. Durch die jetzt herrschende Teuerung ist aber die Lage der Arbeiter eine so schlechte, daß dringend Abhilfe geschaffen werden muß.

Der höchste Schichtlohn beträgt zurzeit für langjährige Leute Dienste 4.50 M., dann folgen einige mit 4.20 M., dann mit 4.— M. bis herunter auf 2.80 M. Im Alford er-zeigen 26- bis 40jährige Handwerker einen Tagesverdienst bis zu 4.50 M., 4.30 M. und etwas mehr. Dagegen sind hier die Handwerkerlöhne in den Privatbetrieben bedeutend höher. Der Tariflohn für Maurer beträgt hier 58 Pfg., der für Zimmerer 54 Pfg. pro Stunde. In anderen Branchen stehen die Stundenlöhne auf 50, 52 und 55 Pfg., auch werbet hier 30-80% Alfordüberzuschlag bezahlt. Die städtischen Handwerker erhalten hier ab 1. Januar 1912 laut Tarif 4.— M. bis 5.50 M. in Schichtlohn, 25% Prozent Zuschlag für Überstunden und 100% Prozent für Sonntagsarbeit.

Die Löhne der Handwerker u. auf der Kgl. Grube sind demgegenüber bedeutend geringer. Bei 12stündiger Arbeitszeit erhalten die Majchinenisten 4.80 M. bis zu 5.— M., die Heizer bei der gleich langen Arbeitszeit gar nur 3.80 M., 4.— M. bis zu 4.50 M. Nicht man dann noch in Betracht, daß viele dieser Arbeiter noch die Lohn kassen haben müssen und neben dem Jahrgeld ferner noch monatlich 8-11 M. Kassenbeiträge vom Verdienste abgeben, so kann man sich in etwa ein Bild von ihrer schmerzigen wirtschaftlichen Lage machen.

Wie resümieren: Was der Privatindustrie und den städtischen Betrieben möglich ist, daß sollte auch einem Staatsbetriebe möglich sein; zumal letztere doch vor allem Musterbetriebe sein sollten. Die hiesige Grube kann aber auch die erbetene Aufbesserung der Löhne gewähren, da nach der Aussage des Herrn Generaldirektors im Abgeordnetenhaus im verfloffenen Jahre „ein Reingebrannt von 580.000 M.“ erzielt wurde. Es ist also gar kein Grund vorhanden, den Arbeitern die Lohn-erhöhung vorzuenthalten.

Eine größere Anzahl der Grubenhandwerker, Maschinenisten und Heizer haben sich bereits zur Wahrung und Vertretung ihrer wirtschaftlichen Interessen dem christlichen Metallarbeiterverband angeschlossen. Aber auch die noch fernstehenden Kollegen müssen nunmehr für den Verband gewonnen werden, damit endlich einmal bessere Verhältnisse für uns geschaffen werden können. Entgelt macht stark!

**Neuburg.** Am Sonntag den 12. Dezember wurde hier die Gewerbegerichtswahl nach den Grundätzen der Verhältnismäßigkeit getätigt. Es wurden 1701 gültige Stimmen abgegeben. Davon entfielen auf die Liste Nr. 1, die Vorschlagsliste der christlich organisierten Arbeiter (Kath. Arbeiterverein, Gellenverein, christliches Gewerkschaftsartell) 622 Stimmen, auf die Liste Nr. 2, die der sozialdemokratischen Gewerkschaften, 349 Stimmen, jedoch erstere 7 Vertreter und letztere 5 erhielten. Den christlich organisierten Arbeitern fehlten nur noch sechs Stimmen, dann wäre ihnen auch der 8. Vertreter zugesallen. Wiederum ein beachtliches Beispiel, wie bei jeder Wahl ganz besonders aber bei den Proporzwahlen es auf jede einzelne Stimme ankommt.

Seit der letzten Gewerbegerichtswahl im Jahre 1902, wo das erste Mal, auf Antrag der christlich organisierten Arbeiterschaft, nach den Grundätzen der Verhältnismäßigkeit mit gebundenen Listen gewählt wurde, haben die christlich organisierten Arbeiter eine Zunahme von 237 Stimmen, die sozialdemokratisch Organisierten eine solche von 87 Stimmen zu verzeichnen. Der Erfolg der Sozialdemokraten dürfte deshalb als ein sehr geringer bezeichnet werden, besonders, wenn in Betracht gezogen wird, daß die Zahl der abgegebenen Stimmen um 314 zugenommen hat. Nur einem glücklichen Zufall ist es zu verdanken, daß die Genossen nicht einen Sitz verloren haben. Wir Metallarbeiter haben wieder unsern bewährten Kollegen Gushardt als Beisitzer durchgebracht.

Für die christlich organisierten Arbeiter von Neuburg und Umgebung bedeutet diese Wahl einen recht befriedigenden Erfolg. Diese Wahl hat gezeigt, daß auch in der Metropole des mittelfränkischen Oberlandes die christliche Arbeiterbewegung auf dem Vormarsch begriffen ist; sie hat ferner gezeigt, daß durch zielbewusstes, einiges Zusammenarbeiten von Arbeiterverein und christlichen Gewerkschaften etwas erreicht werden kann. Möge dies auf beiden Seiten recht gewürdigt und nie vergessen werden. Durch diese Wahl haben aber auch die Arbeiter von Neuburg zum Ausbruch gebracht, daß sie mit den Vertretern der christlichen Arbeiter zufrieden waren und auch ferner ihnen ihr Vertrauen schenken; daß gerade die christlichen Vertreter es sind, die zuerst entschieden und mit Erfolg bei allen die Arbeiter interessierenden Fragen für ihre Rechte eingetreten sind. Die Genossen hinkten meistens hinten nach. Möge diese Wahl für die christlichen Arbeiter ein Ansporn sein, mehr wie bisher noch in der Agitation tätig zu sein, damit auch den uns noch fernstehenden Kollegen die Augen geöffnet werden und sie sehen, daß die christliche Arbeiterbewegung es ist, die eifrig und bestimmt die Interessen der gesamten Arbeiterschaft vertritt. Deshalb auf zur Tat, zur Stärkung der christlichen Arbeiterbewegung und dadurch zu weiteren Erfolgen!

**Stettin.** Bei der Arbeiterschaft der „Unio“, Fabrik chemischer Produkte, machte sich schon seit längerer Zeit das Bestreben nach einer Erhöhung des Stundenlohnes geltend. Seit 6-7 Jahren wurde hier ein solcher von 30 Pfg. gezahlt. Da eine Anzahl unserer Mitglieder in diesem Betriebe beschäftigt sind, kam auf deren Betreiben eine Betriebsversammlung zustande, die unter der Leitung der Kollegen Alinger und Schröder sich mit der Lohnfrage eingehend beschäftigte. Es wurde beschlossen, der Direktion ein begründetes Gesuch mit der Forderung einer Erhöhung des Stundenlohnes um 5 Pfg. zu unterbreiten. Da jedoch auch Mitglieder sozialdemokratischer Verbände in dem Betriebe arbeiten, wurde von der sofortigen Einreichung des Gesuches Abstand genommen, um deren Organisationsvertretern in einer zweiten Versammlung Gelegenheit zu geben, auch ihre Wünsche und Wünsche in der Sache vorzubringen. In dieser 2. Versammlung waren als Organisationsvertreter anwesend seitens der christlichen Gewerkschaften Kollege Langner-Rehlin und unser Kartellvorsitzender Kollege Alinger und von sozialdemokratischer Seite der Beamte des Fabrikarbeiterverbandes, Junge. Nachdem Einstimmigkeit in Inhalt und Form des Gesuches erzielt war, wurde es von den anwesenden Kollegen unterzeichnet und gleich am folgenden Tage der Direktion überreicht.

Die Lohnforderung von 5 Pfg. mehr pro Stunde wurde darauf seitens der Direktion sofort bewilligt, wobei sich der Herr Betriebsleiter ostentativ über den sachlichen und anständigen Ton des Gesuches äußerte. So haben wir also wieder durch positive Arbeit einen schönen Erfolg zu verzeichnen!

Und nun die Lehrzeit. In der zweiten Betriebsversammlung konnte ein sozialdemokratisch Organisierter sich nicht enthalten, große Beleidigungen gegen einige unserer Mitglieder auszuwaschen. Es war dies derselbe Held, der seinerzeit drohte, den Christlichen die Dämme vor die Füße zu lassen. Positive Arbeit zur Lösung des Arbeiterkampfes ist diesen Dickschädeligen anzuempfehlen ein Kreuz. Heute macht dieser Genosse mit vier seiner würdigen Kumpane den Eschhof und arbeitet anderwärts unter Tarn. Netze Freichte der roten Erziehung. Wir (Sozialdemokraten) sind nicht weit mehr vom Frenkhause! Sagte Genosse Hue im Oktober 1908 in Essen — und er muß es ja wissen. Denkende Arbeiter schließen sich deshalb zu weiterer Arbeit den christlichen Gewerkschaften an.

### Soziale Wahlen.

In Stabbed wurden vor kurzem die Listen der Bewerber zum Gewerbegericht, sowie der Vertreter für die Ortskrankenkasse getätigt. Die „Genossen“ glaubten allen Ernstes, bei der Wahl der Richter zum Gewerbegericht die meisten Stimmen auf ihre Kandidaten zu verzeichnen. Das Wahlergebnis war jedoch für sie deppot niederschmetternd, daß sie darauf verzichteten, bei der nachfolgenden Wahl

der Vertreter für die Ortskrankenkasse überhaupt erst noch Kandidaten aufzustellen. Auf die christliche Liste entfielen 864 Stimmen, während sich die „Genossen“ mit 288 begnügen mußten. Bei der Wahl der Vertreter für die Ortskrankenkasse wurde die christliche Liste mit 135 Stimmen glatt gewählt. Der Ausgang der beiden Wahlen muß für unsere Gläubiger Verbandsmitglieder ein Ansporn sein, sich auch in der kommenden Zeit in den Dienst des Verbandes zu stellen. Es wäre falsch, wollten sie sich mit diesen Erfolgen zufrieden geben und die Hände in den Schoß legen. Es gibt am Ort noch eine ganze Anzahl unserer Gefinnungsgenossen, die unsern Verbände noch fernstehen. Um diese Kollegen gilt es in den kommenden Wochen aufzuräumen. Bei tatkräftiger Mitarbeit möglichst aller Kollegen dürfte es gelingen, die noch abseits stehenden Metallarbeiter für unsern Verband zu gewinnen.

Die Ortskrankenkassenwahl in Bonn endete, wie in den letzten Jahren überhaupt, mit einem Siege der christlichen Arbeiter, die 1184 Stimmen, gegen 822 sozialdemokratische Stimmen ausbrachten. Interessant war bei der Wahl das Verhalten des Vereins für Frauenstimmrecht, der die Parole ausgab, diejenige Liste zu wählen, die die meisten weiblichen Namen aufwies. Das war im vorliegenden Fall die rote Liste, während in früheren Jahren die christliche Liste mehr weibliche Kandidatinnen als Kandidaten benannte. Vor den „Grundfragen“ des Vereins für Frauenstimmrecht kann man so schon „allerlei“ Meinung haben.

In Neuss fanden ebenfalls Vertreterwahlen zur Ortskrankenkasse statt. Auch hier legte die Liste der christlichen Arbeiter und zwar mit 963 Stimmen gegen 854 sozialdemokratischen Stimmen.

Bei der Ortskrankenkassenwahl in Schramberg wurden, wie vor zwei Jahren, die Vertreter der christlichen Arbeiter mit 184 Stimmen gewählt. Die „Genossen“ brachten es auf 174 Stimmen. Die Wahlbeteiligung war eine sehr intensive; mögen die Kollegen jetzt die glühende Stimmung zu eifriger Agitation für unsern Verband ausnützen. Das ist auch zugleich die beste Gewähr für künftige Siege.

### Für die ausgesperrten Tabakarbeiter

sind bis jetzt auf der Hauptgeschäftsstelle unseres Verbandes folgende Beträge eingegangen:

- Aus Schramberg 18,—, Eplingen 7,90, Böhrenbach 7,—, Paffau 5,—, Hoven 20,—, Borsheim 39,25, Hammerau 10,—, Mannheim 50,—, Regen 10,60, Hannover 50,—, Helmstedt 2,20, Dingelstedt 17,15, St. Ingbert 5,70, Dillinger 13,30, Niederweifenberg 13,30, Eilenburg 8,90, Düsseldorf 104,60, Leipzig 7,—, Hedernheim 9,80, Breslau 10,—, Münster 11,65, Eplingen 6,40, Groß-Änchen 5,—, Nürnberg 100,—, Würzburg 8,10, Göttingen 30,80, Jena 30,—, Gellern 8,20, Stettin 35,35, Mannheim 100,—, Halle 7,50, Pforzheim 26,10, Teubitz 3,—, Saarbrücken 19,50, Effen 600,—, Jena 20,—, Ravensburg 13,20, Lamm 228,15 M. — Zusammen 1680,65 M.

Wir eruchen unsere Kollegen, mit den Sammlungen fortzufahren und die schon gesammelten Beträge umgehend an die Hauptgeschäftsstelle abzuschicken, damit sie möglichst bald ihrer Bestimmung zugeführt werden können.

### Sterbetafel.

**Hagen-Bock.** Am 4. Dezember starb unser Kollege Erich Stracht, Fäher im Alter von 21 Jahren infolge eines lankten schweren Lungenleidens.

**Offenbach a. M.** Am 26. November starb unser Kollege Johann Peter Roth, Gürtler, im Alter von 23 Jahren an Rheumatismus.

**Essen.** Am 4. Dezember starb unser Kollege Jakob Schneider im Alter von 47 Jahren an Darmblutungen.

**Dortmund-Dortfeld.** Am 9. Dezember starb unser Kollege Joh. Kulas im Alter von 24 Jahren an Nierenkrankheit.

**Billingen.** Am 4. Dezember starb unsere Kollegin Minna Haug im Alter von 31 Jahren an einem Schlaganfall.

**Hannover.** Am 7. Dezember starb unser Kollege Franz Nordard, Dreher, im Alter von 20 Jahren an Lungenentzündung.

Chre ihrem Andenken!

### Versammlungs-Kalender.

- Kollegen und Kolleginnen! Versämt ohne fristigen Grund keine Versammlung!
- Freitag, den 22. Dezember.
- Dortmund-Waltrop. Abends 6.30 Uhr bei Stenderding.
- Samstag, den 30. Dezember.
- Karlsruhe. Abends 8.30 Uhr im Palmgarten Vorstands- und Vertrauensmännerkongress; Abrechnung mit dem Hauptkassierer.
- Sonntag, den 31. Dezember.
- Andernach. Morgens 11 Uhr im Hotel Hann.
- Gelsenkirchen-Neufeld. Vormittags 11 Uhr Generalversammlung im Restaurant zum Ruhrtal.
- Hönningen. Nachmittags 4 Uhr bei Schiffmann.
- Kentrichen. Abends 8 Uhr zum Stern bei Schlopp.
- Oberhausen (Höb.). Nachm. 4 Uhr Generalversammlung mit Neuwahl des Vorstandes im Lokal Remmerling. Frauen mitbringend Stuttgart-Rudwigsburg. Nachm. 4 Uhr bei Weinmann.
- Montag, den 1. Januar.
- Essen-Jugendklasse. Nachm. 4.30 Uhr im Gesellenhaus zu Frohnhausen, Frohnhauserstraße 22B.
- Samstag, den 6. Januar.
- Berlin-Moabit. Bei Bergmann, Oldenburgerstr. 3.
- Hamburg. Abends 9 Uhr bei Sch. Buder, Laßstraße.
- München. Abends 8 Uhr mit Baumtanzangehörigen bei Hartmann.
- Mülheim-Rhein. Abends 8 Uhr bei Med. Jols, Regenentstraße.
- Stuttgart. Abends 8.30 Uhr im römischen König.
- Schwelm. Abends 8.30 Uhr bei W. Wagner, Offenerstraße.
- Sonntag, den 7. Januar.
- Coblenz. Nachm. 4 Uhr bei Steln Clemensstr.
- Gelsenkirchen-Schelle. Generalversammlung vorm. 11 Uhr bei Segur.
- Gelsenkirchen-Sulmke. Generalversammlung nachm. 4 Uhr bei Wedede.
- Galle a. S. Nachm. 8 Uhr im Lokale Schotts, Merseburgerstr. 9.
- Mülheim-Rhein. Nachmittags 3 Uhr Jugendversammlung.
- Mülheim-Polstede. Abends 6 Uhr bei Groß Vortrag des Kollegen Schmamm.
- Mülheim-S-Gladbach. Morgens 11 Uhr bei Groß Vortrag des Kollegen Schmamm.
- Reutrich. Morgens 11 Uhr im Gesellenhaus.
- Trier. Vorm. 11 Uhr bei Kirchin an der Weerthstraße.
- Kaiserlautern. Wegen Krankheit des Ortskassierers werden sämtliche Unterstützungen bei dessen Stellvertreter, Kollegen Jakob Joller, Reichstraße 2 ausgezahlt.